

50 Jahre Wahlen in Rheinland-Pfalz

Kai Arzheimer¹

Fragestellung

Die Wahlgeschichte von Rheinland-Pfalz umfaßt, beginnend mit der ersten Landtagswahl vom 18. Mai 1947, mittlerweile 14 Bundestags- und 13 Landtagswahlen. Hinzu kommen einige wenige Plebiszite, die Wahlen zu den kommunalen Vertretungen sowie seit den 90er Jahren die Direktwahl der Oberbürgermeister, auf die jedoch im folgenden nicht weiter eingegangen werden soll. Im Zentrum des Beitrags steht vielmehr die Beschäftigung mit den rheinland-pfälzischen Besonderheiten der Wahlen zum Bundestag und insbesondere zum Landtag, die seit der Gründung des Landes stattgefunden haben. Dabei konzentriert sich die Darstellung auf vier Fragen:

1. Wie unterscheidet sich das Wahlverhalten der Rheinland-Pfälzer bei den Bundestagswahlen vom Bundesdurchschnitt?
2. Unterscheiden sich die Ergebnisse bei der Wahl zum nationalen Parlament von den Ergebnissen der Landtagswahlen, oder sind beide vergleichbar?
3. Wie hat sich das aggregierte Wahlverhalten der Rheinland-Pfälzer im Zeitverlauf entwickelt?
4. Welche Erklärungen gibt es für diese Trends?

Technische Probleme

Eine detaillierte Analyse der Bestimmungsgründe *individuellen* Wahlverhaltens während der vergangenen fünf Jahrzehnte ist nicht möglich, da Rheinland-Pfalz mit rund 3,6 Millionen Einwohnern (Volkszählung 1987) nur einen Anteil von rund 6% der Bevölkerung der alten Bundesrepublik stellt. In repräsentativen Bevölkerungsumfragen, die für Aussagen über individuelles Verhalten benötigt werden, finden sich deshalb nur sehr wenige Fälle aus diesem Bundesland. Aufgrund

¹ Die verwendeten Landkreisdaten wurden gemeinsam mit Cornelia Weins (Universität Trier) erhoben, der ich für kritische Anmerkungen und Hinweise danken möchte.

der verfügbaren Daten verlagert sich das Schwergewicht der Untersuchung daher auf die Makroebene.

Leider ist auch die Verwendung von Aggregatdaten, also von Wahlergebnissen und Volkszählungsdaten, die sich auf Verwaltungseinheiten beziehen, mit Problemen verbunden. Rheinland-Pfalz weist lediglich 16 *Bundestagswahlkreise* auf; regional bedeutsame Unterschiede können mit einer solch groben Einteilung nicht erfaßt werden. Die Anzahl der *Landtagswahlkreise* war vor der Wahlrechtsreform von 1989 noch weitaus geringer und schwankte zwischen vier (1975) und sieben (1951).² Für die nachfolgende Analyse werden daher Wahldaten auf Landkreisebene verwendet. Da der Zuschnitt von Landkreisen und Gemeinden seit Bestehen des Landes mehrfach deutlich verändert wurde, stellen die großen Gebietsreformen der späten 60er und frühen 70er Jahre eine zeitliche Schranke für Längsschnittanalysen, die die Entwicklung des Wahlverhaltens in den Gebietseinheiten untersuchen, dar.³ Allerdings bietet das von Gary King weiterentwickelte Verfahren der ökologischen Regression⁴ die Möglichkeit, auf der Basis von Aggregatdaten in gewissen Bandbreiten Rückschlüsse auf die Ursachen individuelles Wahlverhalten und deren Veränderung zu ziehen

Die Bundestagswahlen von 1949 bis 1998

Ausgangspunkt der Darstellung ist die Frage, ob sich die Ergebnisse der vierzehn Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz vom Bundesdurchschnitt unterscheiden. Als Berechnungsgrundlage werden dabei die Anteile der Parteien an den *Wahlberechtigten* und nicht die Anteile an den gültigen Stimmen, die für die Sitzverteilung im Parlament maßgeblich sind, verwendet. Berechnet man nämlich die Anteile der einzelnen Parteien auf Basis der gültigen Stimmen, so bleibt die *Wahlenthaltung* als eine wesentliche Möglichkeit des Wahlverhaltens unberücksichtigt.

Eine weitere Form des Wahlverhaltens, die man bei der Prozentuierung auf der Basis gültiger Stimmen systematisch ignoriert, ist die *Abgabe ungültiger Stimmen*. Der Anteil von Stimmzetteln, die bei Bundes- und Landtagswahlen bewußt oder aus Unkenntnis ungültig gemacht wer-

² Unglaub (1996), S. 43f.

³ Arzheimer und Weins (1997), S. 204f.

⁴ King (1997).

den, bewegt sich seit Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik im Bereich zwischen ein und drei Prozent.⁵ In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Krieg wurden jedoch deutlich höhere Anteile von ungültigen Stimmen registriert. Das gilt insbesondere für Rheinland-Pfalz: Bei der Landtagswahl 1947 waren insgesamt 10,6 Prozent der Stimmen ungültig – das ist der höchste Wert, der jemals in einem westlichen Bundesland erreicht wurde.⁶

Nur wenn man ungültige Stimmabgabe und Wahlenthaltung in die Berechnung einbezieht, kann man die tatsächliche Mobilisierungsleistung der Parteien beurteilen und Ergebnisse aus verschiedenen Wahlgebieten und Wahlperioden miteinander vergleichen. In der Wahlforschung hat sich deshalb, soweit Aggregatdaten verwendet werden, die Prozentuierung auf der Basis der Wahlberechtigten durchgesetzt.

⁵ Bei Bundes- und Landtagswahlen in den neuen Ländern wurden allerdings höhere Werte von bis zu vier Prozent verzeichnet.

⁶ Fenske (1986), S. 110, weist darauf hin, daß bei der unmittelbar vorangegangenen Volksabstimmung über die Landesverfassung im Mai 1947, bei der sich „gewiß nichts falsch machen [ließ]“ 14,4 Prozent der Stimmen ungültig waren, und wertet dieses Ergebnis als ein bewußtes „Votum gegen das Land“ (S. 111). Eine ähnliche Interpretation des Landtagswahlergebnisses liegt nahe.

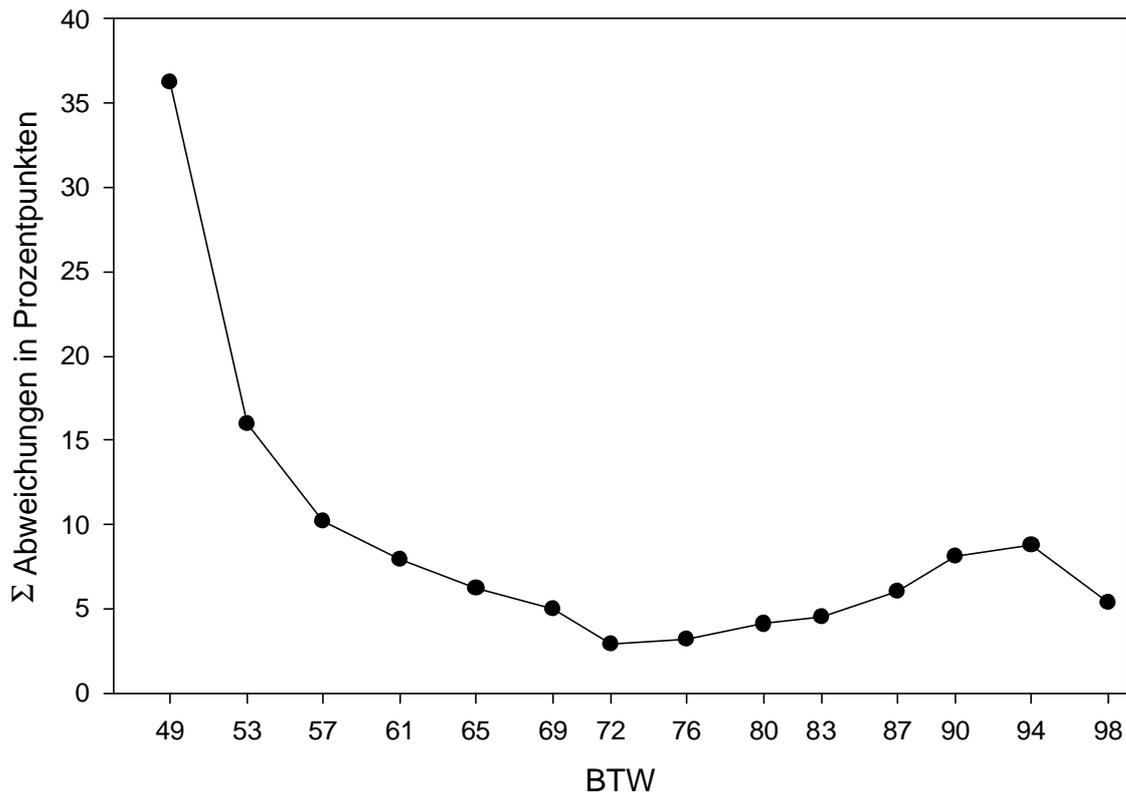


Abbildung 1: Abweichungen zwischen Landesergebnis und Bundesdurchschnitt bei den Bundestagswahlen 1949-1998

Um einen Überblick über Ausmaß und Entwicklung eines landesspezifischen Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen zu gewinnen, bietet es sich an, zunächst die summierten absoluten Abweichungen⁷ der rheinland-pfälzischen Ergebnisse vom Bundesdurchschnitt⁸ (vgl. Abbildung 1) zu betrachten. Es zeigt sich, daß große Abweichungen zwischen dem Landes- und dem Bundesergebnis vor allem bei den ersten drei Bundestagswahlen auftraten. Diese Unterschiede reduzierten sich jedoch bald und waren zu Beginn der 70er Jahre fast völlig verschwunden. Erst ab der Bundestagswahl von 1987 ließen sich wieder größere Differenzen zwischen dem Ergebnis im Land und im Bund beobachten, die

⁷ Die Summe aller Abweichungen ist null, deshalb werden die Beträge (Absolutwerte) der Abweichungen aufsummiert. Alternativ dazu könnte man auch die Summe der quadrierten Abweichungen verwenden. Dieses Maß erreicht jedoch für die BTW 1949 einen sehr hohen Betrag und würde damit für die Abbildung einen Maßstab erzwingen, bei dem die späteren Schwankungen nur schwer zu erkennen sind.

⁸ Um die Vergleichbarkeit über die Zeit zu wahren, beziehe ich mich auch nach 1990 nur auf die Ergebnisse der Bundestagswahl in den alten Ländern ohne West-Berlin (Wahlkreise 1 bis 256). Zu den Unterschieden im Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen vgl. Arzheimer/Falter (1998).

aber bei weitem nicht mehr das aus den 50er Jahren bekannte Ausmaß erreichten.

Hat sich das Wahlverhalten im Land dem Bundesdurchschnitt angepaßt, oder wurden in Rheinland-Pfalz Entwicklungen vorweggenommen, die sich im Bund erst später vollzogen haben? Um diese Frage zumindest teilweise beantworten zu können, ist zu klären, für welche Parteien sich Bundes- und Landesergebnis unterscheiden. Aus Tabelle 1 lassen sich drei Tendenzen ablesen, die der Übersichtlichkeit halber in Abbildung 2 noch einmal grafisch dargestellt sind.

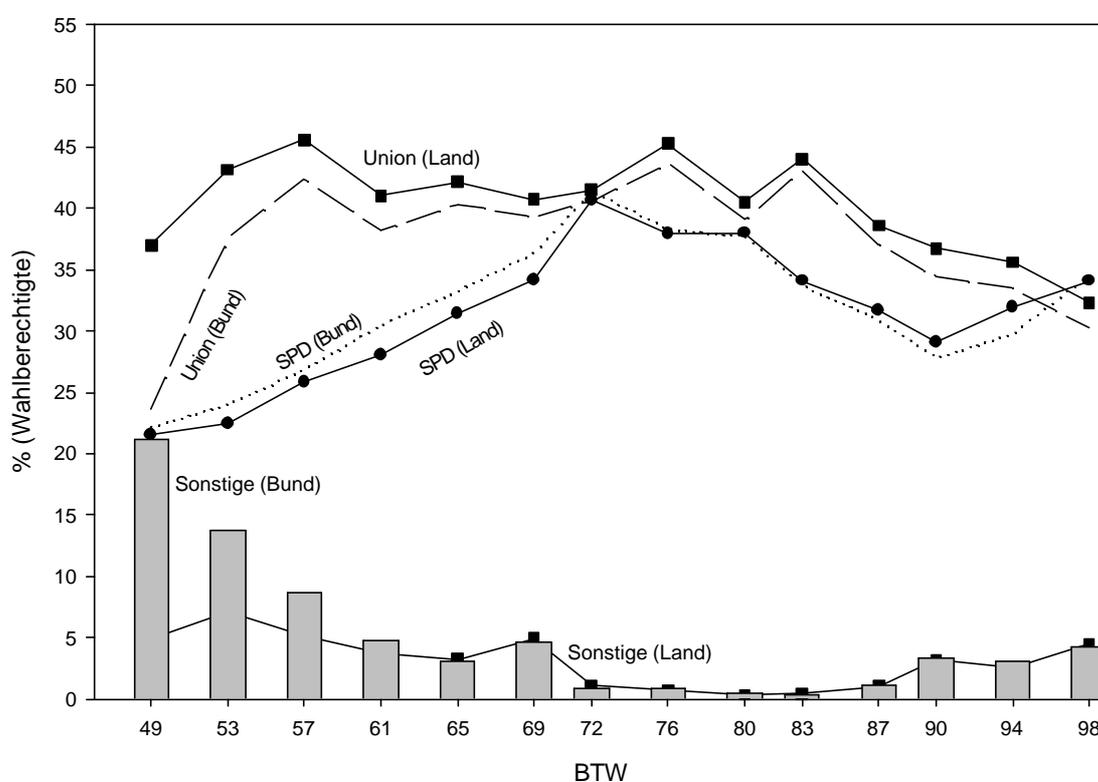


Abbildung 2: Unterschiede zwischen Bundes- und Landesergebnis für ausgewählte Parteien

Zunächst einmal zeigt sich, daß sich der elektorale Aufstieg der SPD in Rheinland-Pfalz etwas langsamer vollzogen hat als im Bundesdurchschnitt. Bis 1972 blieb die Partei im Lande stets mehr oder weniger deutlich hinter ihrem Bundesergebnis zurück. Während der 70er und 80er Jahre unterschieden sich Bundes- und Landesergebnis nicht mehr substantiell, 1990 und 1994 konnte die SPD in Rheinland-Pfalz sogar überdurchschnittliche Ergebnisse verzeichnen. In beiden Fällen gibt es eine naheliegende Erklärung: 1990 befand sich die rheinland-

pfälzische CDU in einer schweren Führungskrise⁹, die sicherlich auch das Ergebnis der Bundestagswahl beeinflusst hat. 1994 dürfte die SPD von der (relativen) Popularität des SPD-Kanzlerkandidaten Scharping, der 1991 rheinland-pfälzischer Ministerpräsident geworden war, profitiert haben. Allerdings: So plausibel diese Erklärungen auch scheinen mögen, überprüfbar sind sie mit den zu Verfügung stehenden Daten nicht.

Zweitens ist klar zu erkennen, daß die Union¹⁰ in Rheinland-Pfalz seit der Gründung der Bundesrepublik überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielen konnte. Dies gilt insbesondere für die Bundestagswahlen von 1949 und 1953, bei denen die CDU weitaus besser abschnitt als im Mittel der Bundesländer. Die Hegemonie, die Adenauers Union in den 50er Jahren bundesweit erringen konnte, war in Rheinland-Pfalz von Anfang an gegeben.

Im Zusammenhang damit fällt schließlich drittens auf, daß die in der Frühphase der Bundesrepublik durchaus noch bedeutsamen „sonstigen“ Parteien in Rheinland-Pfalz niemals eine wichtige Rolle spielten.¹¹ Während die KPD und eine Vielzahl kleiner und kleinster Parteien 1949 bundesweit insgesamt mehr als 20 Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren konnten und eine ausgesprochene Regionalpartei wie die DP in Niedersachsen noch bei der Bundestagswahl von 1957 einen Stimmenanteil von mehr als 11 Prozent erreichte, blieben alle diese Parteien in Rheinland-Pfalz chancenlos.¹² Maßgeblich für diese Entwicklung dürfte neben der engen Bindung weiter Teile der Bevölkerung an die Union, auf die weiter unten eingegangen wird, vor allem die Tatsache sein, daß aus unterschiedlichen Gründen „abgesehen vom Saarland ... kein Bundesland so wenig Vertriebene aufgenommen [hat] wie Rheinland-Pfalz“¹³. Dem BHE fehlte daher schlicht die soziale Basis

⁹ Vgl. dazu Billing (1991), S. 586.

¹⁰ Zur Gründung der CDU in Rheinland-Pfalz vgl. Kaack und Sarcinelli (1986), S. 131f. und Martin (1997) sowie Weitzel (1989), der sich ausführlich mit der Gründungsgeschichte aller rheinland-pfälzischen Parteien beschäftigt. Weitere Literatur bei Schmid (1990), S. 107, Anmerkung 81.

¹¹ Vgl. zum parallelen Konzentrationsprozeß bei den Landtagswahlen Kaack und Sarcinelli (1986), S. 134ff.

¹² Lediglich die KPD konnte einmal, nämlich bei der Bundestagswahl von 1949, knapp die Fünf-Prozent-Hürde überwinden.

¹³ Neubach (1997), S. 499.

für nennenswerte Wahlerfolge,¹⁴ während die DP, die sich 1953 und 1957 auch in Rheinland-Pfalz zur Wahl stellte, als niedersächsisch-norddeutsche Regionalpartei in keinem süddeutschen Bundesland reüssieren konnte.

Die teils dramatischen Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis, die für die ersten Bundestagswahlen charakteristisch waren, fanden deshalb in Rheinland-Pfalz nicht statt. Dies läßt sich mit Hilfe des sogenannten Pedersen-Index, der die Aggregatveränderungen zwischen zwei Wahlen erfaßt, auch quantitativ belegen. In diesen Summenindex gehen die addierten Gewinne aller gegenüber der vorangegangenen Wahl erfolgreicherer Parteien sowie ein eventueller Anstieg der Nichtwähler und der ungültigen Stimmen ein.¹⁵ Den kleinsten möglichen Wert von null Punkten nimmt der Index damit dann an, wenn keine Änderungen im Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien zu verzeichnen sind, während der Index bei einer völligen Neuordnung der Stimmenanteile seinen maximalen Wert von 100 Punkten erreicht.

¹⁴ Vgl. zur politischen und organisatorischen Schwäche der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz Neubach (1997), S. 522ff.

¹⁵ Der ursprüngliche Index berücksichtigt nur die summierten Gewinne der Parteien. Zur Konstruktion und Anwendung der Maßzahl vgl. Pedersen (1979).

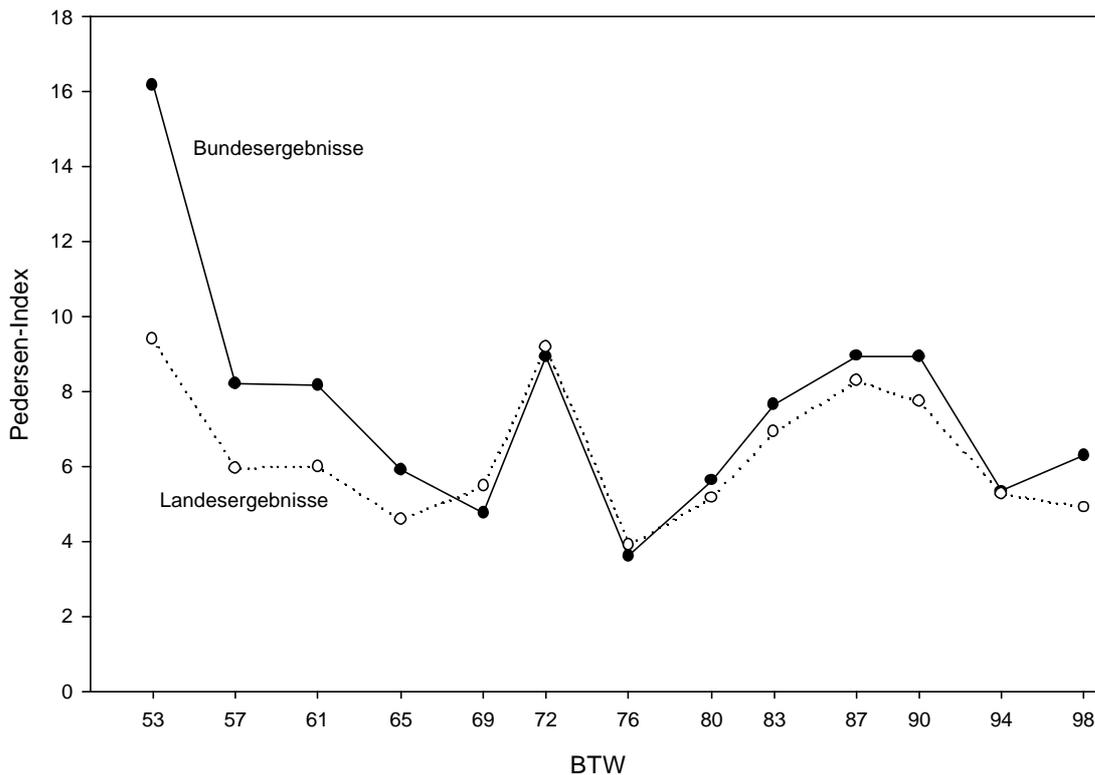


Abbildung 3: Pedersen-Index berechnet für Bundes- und Landesergebnisse

1953 erreichte der Pedersen-Index in der Bundesrepublik einen historischen Höchststand von 16,1 Punkten¹⁶, der den kometenhaften Aufstieg der Union und den damit verbundenen Konzentrationsprozeß zuungunsten der kleineren Parteien, vor allem der DP und der KPD widerspiegelt. Diese Entwicklung führte im Laufe der ersten drei Legislaturperioden dazu, daß sich auf der Bundesebene das „Zweieinhalb-Parteien-System“ von CDU, SPD und FDP herausbildete, das bis zum Beginn der 80er Jahre stabil blieb. Berechnet man den Index gesondert für die rheinland-pfälzischen Landesergebnisse, so zeigt sich eine weitaus größere Stabilität. Für die Wahl 1953 ergibt sich ein mit lediglich 9,4 Punkten nur etwa halb so großer Wert; bis 1969 lag der Pedersen-Index für die Landesergebnis dann stets deutlich unter dem Wert für das Bundesergebnis. Seitdem unterscheidet sich der für

¹⁶ Bei der Berechnung des Pedersen-Index wurden nur die heute noch im Parlament vertretenen Parteien berücksichtigt und alle anderen zu einer Residualkategorie „Sonstige“ zusammengefaßt. Bezieht man die Verschiebungen innerhalb dieser Kategorie, die insbesondere aus der Gründung des BHE 1950 resultierten, in die Berechnungen mit ein, ergibt sich ein noch höherer Wert.

Rheinland-Pfalz separat berechnete Wert nicht mehr substantiell von der auf die ganze (westliche) Bundesrepublik bezogene Maßzahl.¹⁷

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß sich die Ergebnisse der Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz in drei wesentlichen Punkten vom Bundesdurchschnitt unterscheiden:

- Der Aufstieg der SPD vollzog sich etwas langsamer als im übrigen Bundesgebiet.
- Die Union hatte von der ersten Bundestagswahl an eine dominierende Stellung inne, die sie über Jahre hinweg behaupten konnte.
- Regionale und sonstige Kleinparteien spielten in Rheinland-Pfalz niemals eine wichtige Rolle, d.h., das rheinland-pfälzische Parteiensystem war ein gewisser Weise „moderner“ als in anderen Ländern Westdeutschlands.

Obwohl sich das Wahlverhalten der Rheinland-Pfälzer über die Zeit dem Bundesdurchschnitt annähert, lassen sich somit charakteristische Unterschiede beobachten, für die es Ursachen geben muß. Vor dem Versuch, diese Unterschiede zu erklären, soll aber eine Behandlung der Landtagswahlen stehen, bei denen regionale Besonderheiten noch deutlicher hervortreten sollten.

Die Landtagswahlen von 1947 bis 1996

Abbildung 4 zeigt die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1947 bis 1996.¹⁸ Als Prozentuierungsbasis dienen dabei zunächst die gültigen Stimmen, die für die Zusammensetzung des Landtages und damit für die Regierungsbildung entscheidend sind.

¹⁷ Die 1990 und 1998 zu beobachtenden Abweichungen kommen im wesentlichen durch die oben angesprochenen leicht überdurchschnittlichen Ergebnisse der SPD in den Jahren '90 und '94 zustande: 1990 verlor die SPD in Rheinland-Pfalz weniger Stimmen als im Bundesdurchschnitt, 1998 konnte sie weniger Stimmen hinzugewinnen als im Mittel der alten Länder, weil bereits das Ergebnis von 1994 über dem Bundesdurchschnitt lag. Infolgedessen waren die Unterschiede zwischen den Landesergebnissen geringer als zwischen den Bundesergebnissen.

¹⁸ Über die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz berichtet seit 1971 regelmäßig die Zeitschrift für Parlamentsfragen, vgl. Troitzsch (1971), Andel (1975), Haungs und Jesse (1980, 1983), Billing (1988, 1991), Scheuner (1996).

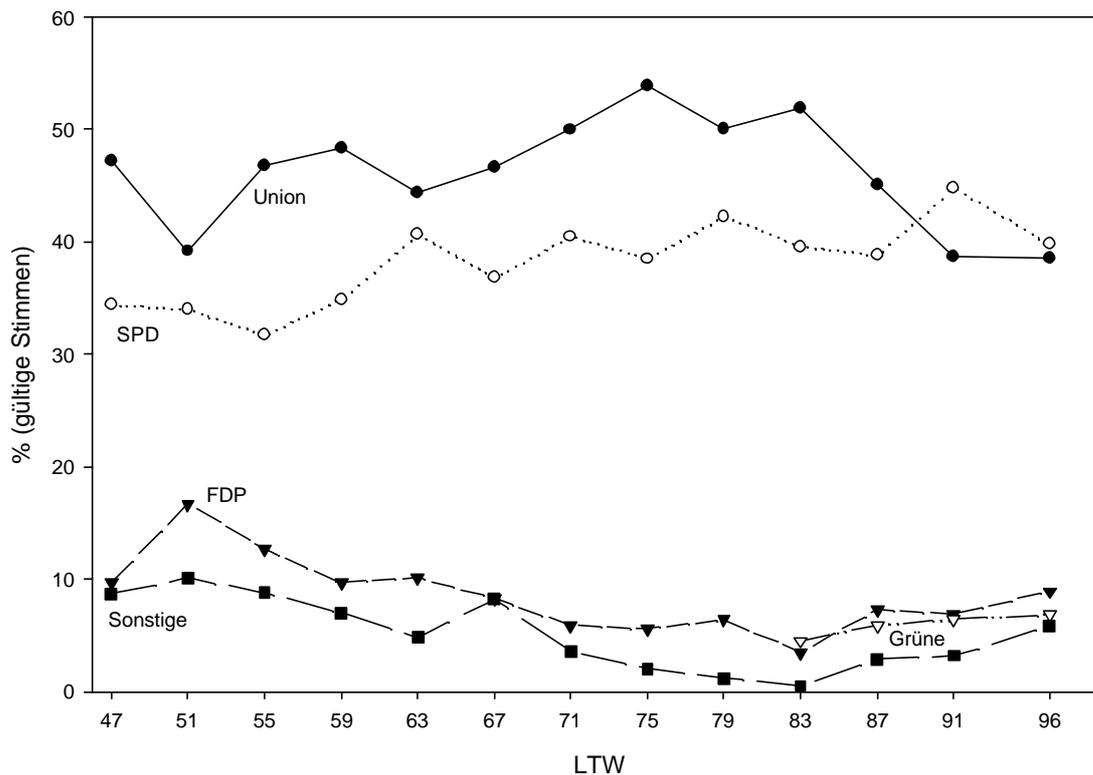


Abbildung 4: Ergebnisse der Landtagswahlen 1947 bis 1996 (gültige Stimmen)

Parallel zur Entwicklung bei den Bundestagswahlen spielten die „sonstige Parteien“ auch bei den Wahlen zum rheinland-pfälzischen Landtag nie eine bedeutende Rolle. Die KPD war in der ersten Legislaturperiode im Parlament vertreten, scheiterte aber 1951 an der Fünf-Prozent-Klausel. Ihre Nachfolgeorganisation DKP trat bei den Wahlen von 1971 bis 1983 an, erzielte aber niemals einen Anteil von mehr als einem Prozent der gültigen Stimmen.

Im rechtsextremen Parteienspektrum ergibt sich ein ähnliches Bild: 1959 übersprang die rechtsradikale DRP, eine Nachfolgepartei der 1952 verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) mit 5,1% der gültigen Stimmen denkbar knapp die Fünf-Prozent-Hürde, schied aber schon 1963 wieder aus dem Parlament aus. 1967 gelangte im Schatten der ersten Rezession der Nachkriegszeit mit der NPD, die in gewisser Weise als Nachfolgerin dieser Gruppierung gelten kann, noch einmal einer extremen Rechtspartei der Einzug in den Landtag – ein „bundesweit kritisch beachtetes Ergebnis“¹⁹. Seitdem gelangte keine Rechts-

¹⁹ Kaack/Sarcinelli (1986), S.136.

partei mehr ins rheinland-pfälzische Parlament. Nennenswerte Erfolge erzielten in den letzten Jahren nur die „Republikaner“, die 1991 2,0 und 1996 3,5 Prozent der gültigen Stimmen erhielten. Weitere „sonstige Parteien“ wie die DP, der BHE/GB und die aus beiden Gruppierungen hervorgegangene „Gesamtdeutsche Partei“ spielten in Rheinland-Pfalz auch bei den Landtagswahlen keine Rolle, sofern sie überhaupt antraten.

Bei den Liberalen sind kaum Besonderheiten zu erkennen: Abgesehen von ihrem großen Erfolg bei der Landtagswahl 1951 entspricht die Entwicklung des FDP-Anteils²⁰ in etwa dem Trend, der sich bei den Bundestagswahlen zeigt. 1983, als Landtagswahl und Bundestagswahl am selben Tag stattfanden, blieben die Liberalen unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde, konnten aber bei der nächsten Wahl in den Landtag zurückkehren. Seither hat sich die FDP, die von 1947²¹ bis 1971 und dann wieder seit 1987 an der Regierung beteiligt war, im Landtag behauptet. Auch während der 90er Jahre, als die Liberalen bei zahlreichen Landtagswahlen in zwölf Bundesländern²² an der Sperrklausel scheiterten, war die parlamentarische Existenz der Partei nicht bedroht.

Die Grünen hingegen müssen sich seit ihrer Gründung in Rheinland-Pfalz mit leicht unterdurchschnittlichen Ergebnissen zufrieden geben. Als sie sich 1983 zum ersten Mal zur Wahl stellten, scheiterten sie knapp an der Fünf-Prozent-Klausel. Im immer noch weithin ländlich geprägten Rheinland-Pfalz scheint ihnen schlicht die soziale Basis von hochgebildeten, postmaterialistisch orientierten Beamten

²⁰ In Rheinland-Pfalz existierten wie im übrigen Bundesgebiet mehrere liberale Parteien, die sich wenige Wochen vor der Landtagswahl 1947 zur „Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz“ zusammenschlossen, aber noch getrennt kandidierten. Der organisatorische Zusammenschluß erfolgte erst während der ersten Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtages. Nach dem Bundesparteitag der „liberalen, demokratischen Parteien“ im Dezember 1948 nahmen die rheinland-pfälzischen Liberalen ebenso wie die anderen Landesverbände den Namen FDP an. Zur Gründungsgeschichte der FDP in Rheinland-Pfalz vgl. Dittberner (1986), S. 1315f, Kaack/Sarcinelli (1986), S. 133.

²¹ Die Liberalen waren von Juli 1947 bis April 1948 durch den LDP-Minister Neumayer im Allparteienkabinett vertreten. Nach dem Auseinanderbrechen dieser Regierung bildeten Union und SPD eine große Koalition, die trotz einiger Krisen bis zur zweiten Landtagswahl. 1951 schlossen CDU und FDP dann eine Koalition, die das Land in den folgenden zwanzig Jahren regierte.

²² Bayern 1994 und 1998, Berlin 1995, Brandenburg 1994, Bremen 1995, Hamburg 1993 und 1997, Mecklenburg-Vorpommern 1994 und 1998, Niedersachsen 1994 und

und Angestellten zu fehlen, auf die sich die Partei in Deutschland stützt. Für diese Überlegung spricht, daß die Grünen ihre beste Ergebnisse regelmäßig in den Stadtkreisen und hier wiederum in den Hochschulstandorten Mainz, Trier und Landau erzielen, wo noch am ehesten ein „grünes Milieu“ existiert. Auch bei den Grünen sind keine auffälligen Unterschiede zwischen dem Ergebnis von Bundestags- und Landtagswahlen zu erkennen.

Bei den großen Parteien schließlich zeigt sich, daß es der SPD nach ihrer Wandlung von der Arbeiter- zur Arbeitnehmerpartei, für die symbolisch das Godesberger Programm von 1959 steht, gelang, einen Anteil von rund 40 Prozent der gültigen Stimmen zu erzielen. Bislang konnten die Sozialdemokraten diesen Wert lediglich einmal deutlich überschreiten, nämlich bei der Landtagswahl 1991, als es ihnen erstmals gelang, zur stärksten Partei zu werden und die Regierung zu übernehmen. Auch hier entspricht die Entwicklung der Landtagswahlergebnisse weitgehend dem Trend, der sich im Landesergebnis für die Bundestagswahlen zeigt.

Vor allem ist in der Abbildung aber die dominierende Stellung, die die Union auch auf der Ebene der Landtagswahlen einnimmt, zu erkennen: Mit Ausnahme der Landtagswahl von 1951 erreichte die CDU regelmäßig deutlich mehr als 40 Prozent der gültigen Stimmen und konnte seit der Gründung²³ des Landes den Ministerpräsidenten stellen.²⁴ Auf-

1998, Nordrhein-Westfalen 1995, Saarland 1994, Sachsen 1994, Sachsen-Anhalt 1994 und 1998, Thüringen 1994.

²³ Die hegemoniale Stellung der Union reicht sogar in die Zeit unmittelbar vor der Landesgründung zurück: Die CDU avancierte bereits bei den Kommunalwahlen vom September/Oktober 1946 zur stärksten politischen Kraft. Von den Gemeinderäten und Kreisversammlungen wurden im November 1948 nach einem komplizierten Verfahren die Mitglieder der „Beratenden Landesversammlung“ gewählt, in dem die CDU dementsprechend über die absolute Mehrheit von 55 Prozent der Sitze verfügte. Dieses Gremium erarbeitete den Verfassungstext, der dann mit den Stimmen der Union und der Liberalen beschlossen und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde (vgl. Hudemann 1997, S. 73 und S. 80).

²⁴ Erster Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz war der langjährige (1919-1933) Landrat des Kreises Altenkirchen, Wilhelm Boden, der von den Franzosen zunächst als Landrat wieder eingesetzt und dann in rascher Folge zum Präsidenten des Regierungsbezirkes Koblenz (1945), zum Präsidenten des Oberregierungsbezirks Rheinland/Hessen-Nassau (1946) und schließlich zum vorläufigen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz (Dezember 1946) bestimmt wurde (vgl. Graß 1986, S. 260). Boden, der bei der Gründung der Union keine wichtige Rolle spielte, in der Partei nur geringen Rückhalt hatte und sich zudem Anfeindungen von seiten der SPD ausgesetzt sah, wurde zwar 1947 vom Landtag zum ersten demokratisch legitimierten Regierungschef

grund von Besonderheiten des Wahlsystems²⁵ gewannen die Christdemokraten in den Jahren 1955 und 1959 mit einem Anteil von 46,8 bzw. 48,4 Prozent der gültigen Stimmen sogar die absolute Mehrheit der Mandate, regierten aber weiterhin zusammen mit der FDP, bis es ihnen 1971 gelang, auch die absolute Mehrheit der Stimmen zu erringen und alleine die Regierung zu stellen. Diese komfortable Position konnte die Union 16 Jahre lang verteidigen, was Rheinland-Pfalz den Ruf eintrug, eine Art christdemokratisches Stammland zu sein.²⁶

1987 verlor die Union die absolute Mehrheit und mußte mit der FDP koalieren, erreichte aber immer noch einen Anteil von mehr als 45 Prozent der abgegebenen Stimmen. 1991 erlitt die CDU nochmals schwere Verluste, blieb zum ersten Mal seit 1951 unter der Marke von 40 Prozent und mußte nach 44 Jahren die Regierungsmacht abgeben. Von dieser Niederlage konnte sich die Partei auch bei der folgenden Landtagswahl nicht erholen. Welche situativen Ursachen das schlechte Abschneiden der CDU hatte, war im Nachhinein in der Literatur²⁷ relativ unstrittig: das Ausbleiben der „geistig-moralischen Wende“ nach dem Bonner Machtwechsel, Probleme in der Agrar- und Wirtschaftspolitik, die putschartige Ablösung des langjährigen Ministerpräsident Vogel²⁸ und die sich anschließende Führungskrise der Partei, nicht zuletzt schließlich die sinkende Popularität der CDU-geführten Bundesregierung. Dennoch kam der Machtverlust der „ewigen Regierungspartei“ (Peter Haungs) für viele Beobachter überraschend.

gewählt, gab sein Amt aber schon nach drei Wochen zugunsten von Peter Altmeier auf, der dann bis 1969 Ministerpräsident blieb.

²⁵ Zur wechselhaften Geschichte des rheinland-pfälzischen Wahlrechtes vgl. Unglaub (1996).

²⁶ Vgl. z.B. Konrad-Adenauer-Stiftung (1995), S. 271: „In Rheinland-Pfalz erlangte die CDU eine Sonderstellung, die man mit derjenigen der CSU in Bayern vergleichen kann.“

²⁷ Vgl. Billing (1988,1991), Scheuner (1996)

²⁸ Vgl. Haungs (1989).

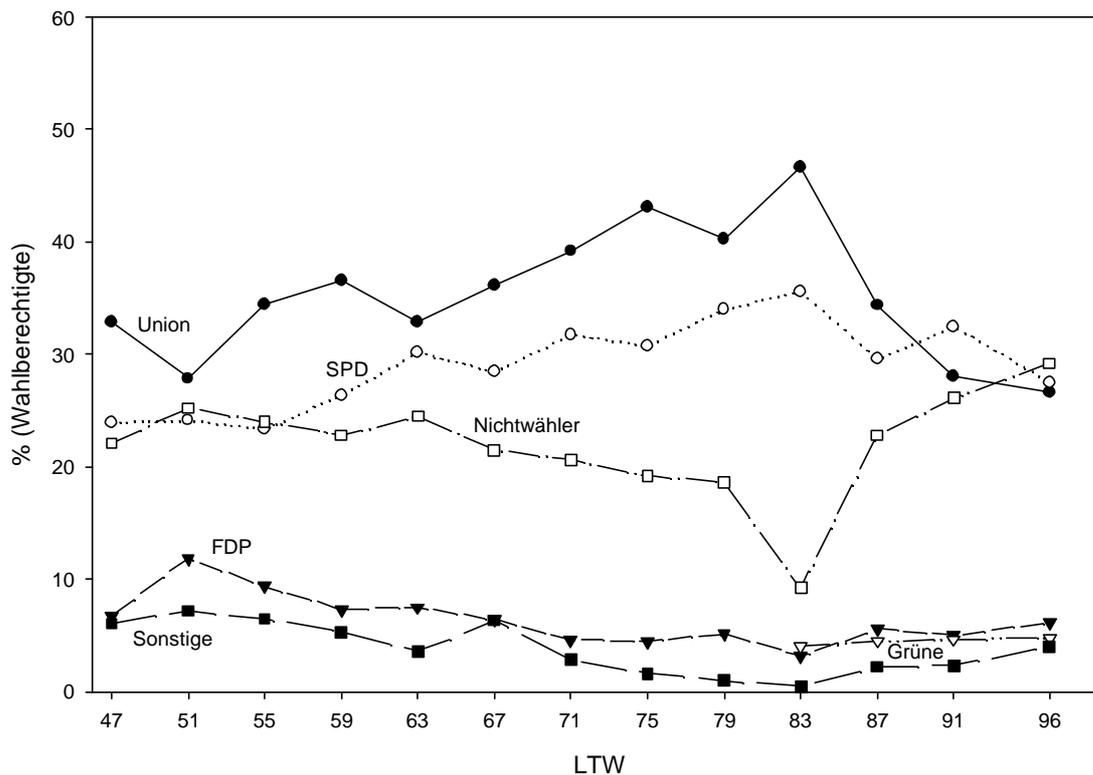


Abbildung 5: Ergebnisse der Landtagswahlen 1947 bis 1996 (Wahlberechtigte)

Bevor im jedoch im nächsten Abschnitt nach einer Erklärung für die Entwicklung des Wahlverhaltens in Rheinland-Pfalz gesucht wird, soll abschließend noch einmal die Perspektive der Darstellung gewechselt werden. In Abbildung 5 haben ist nochmals die Entwicklung des Wahlverhaltens bei den Landtagswahlen graphisch dargestellt, diesmal aber analog zum Vorgehen bei den Bundestagswahlen die Gesamtheit der Wahlberechtigten als Grundlage der Berechnungen verwendet und infolge dessen auch den Anteil der Nichtwähler abgetragen. Durch diese Betrachtungsweise ergibt sich ein etwas anderes Bild. Deutlicher als in Abbildung 4 zeigt sich, daß es den Christdemokraten seit Ende der 60er Jahre gelungen ist, von Wahl zu Wahl mehr Bürger zu mobilisieren. Umgekehrt ist aber auch das wahre Ausmaß der CDU-Verluste seit 1987, die ansonsten durch den dramatischen Anstieg des Nichtwähleranteils überdeckt werden, nur in dieser Darstellung zu erkennen. 1996 stellten die Nichtwähler erstmals in Rheinland-Pfalz die größte Gruppe unter den Wahlberechtigten.²⁹ Die Zeitspanne vom Ende der 60er

²⁹ Die Ursachen für dieses Phänomen sind mit den uns zugänglichen Daten nicht zu klären, dürften aber landespolitischer Natur sein, da die Beteili-

bis zur Mitte der 80er Jahre ist also, was wegen der langen Zeit, in der die CDU an der Regierung war, häufig übersehen wird, die eigentliche Phase der christdemokratischen Dominanz.

Eine Erklärung für das Wahlverhalten der Rheinland-Pfälzer: Politik in einem konfessionell gespaltenen Land

Wie lassen sich die wichtigsten Ergebnisse der bisherigen Analyse - starke Stellung der Union im Land seit den Anfängen, Dominanz und Alleinregierung vom Ende der 60er bis zum Anfang der 80er Jahre, rapider Verfall der elektoralen Basis seit Mitte der 80er Jahre - erklären? In fast allen Darstellungen zur politischen Entwicklung des Landes wird auf „strukturelle“ Determinanten des Parteienwettbewerbs hingewiesen, die die Sozialdemokraten benachteiligen und die Union begünstigen. Angelika Scheuner beispielsweise sieht noch im Ergebnis der Landtagswahl von 1996 einen „SPD-FDP-Erfolg trotz struktureller Nachteile“. Diese Vor- bzw. Nachteile bestehen in einem relativ niedrigen Anteil von Arbeitern, vor allem aber im Fortbestehen eines (ländlich-) katholischen Milieus in weiten Teilen des Landes - beides Faktoren, die der Union zugute kommen, da die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital einerseits und (katholischer) Kirche und Staat andererseits für die Entstehung des deutschen Parteiensystems maßgeblich waren und die politischen Orientierungen und das Wahlverhalten der Bürger bis heute prägen.³⁰ In Rheinland-Pfalz läßt sich der Zusammenhang zwischen Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und Parteipräferenz für die CDU besonders gut studieren, weil die Angehörigen beider Konfessionen aus historischen Gründen sehr unterschiedlich im Land verteilt sind und die Union ihre größten Erfolge seit jeher in den überwiegend katholischen Gebietsteilen erzielen konnte.

In der Literatur wird jedoch auch darauf hingewiesen, daß die CDU seit 1983 gerade in Gebieten, die über Jahrzehnte hinweg als sichere Hochburgen der Christdemokraten gelten konnten, besonders deutliche

gung an den *Bundestagswahlen* der 90er Jahre in Rheinland-Pfalz ebenso wie bei allen vorangegangenen Wahlen leicht überdurchschnittlich war.

³⁰ Vgl. u.a. Gluchowski und Wilamowitz-Moellendorff (1997), Jagodzinski und Quandt (1997), Müller (1998). Grundlegend zum Zusammenhang zwischen historischer Konfliktstruktur und Parteiensystem immer noch: Lipset und Rokkan

Verluste erlitten hat. Arzheimer und Weins (1996) haben für den Zeitraum von 1971 bis 1996 auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte die Beziehung zwischen dem Anteil der Katholiken einerseits und dem Stimmenanteil für die Union andererseits untersucht und konnten feststellen, daß sich dieser Zusammenhang erkennbar abgeschwächt hat. Diesen Befund haben wir als ein Indiz für die Erosion der traditionellen Bindungen zwischen den katholischen Wählern und der Union interpretiert.³¹

Die Politisierung bzw. Depolitization der Konfessionszugehörigkeit läßt sich historisch erklären. Bekanntlich entstand die Zentrumspar-
tei im Vorfeld der kleindeutschen Reichsgründung von 1870/71, durch die die Katholiken in eine Minderheitenposition gerieten, und avancierte zu Zeiten des Kulturkampfes endgültig zu einer Milieupartei³², die den politischen Katholizismus repräsentierte und dementsprechend fast ausschließlich von Katholiken gewählt wurde. Bereits zu Anfang des Jahrhunderts gab es innerhalb des Zentrums Versuche, die Partei auch für evangelische Christen zu öffnen, die soziale Basis der Partei zu verbreitern und aus dem „Turm“ (Julius Bachem) des Konfessionalismus auszubrechen. Ein Schwerpunkt des Widerstands gegen diese Bestrebungen lag bezeichnenderweise in der Trierer Region. Obwohl die Fraktionen der Zentrumspar-
tei im Reichstag und im preußischen Landtag 1909 in einer gemeinsamen Erklärung betonten, daß das Zentrum eine überkonfessionelle Partei sei und man sich in der Folgezeit darum bemühte, evangelische Kandidaten für das Zentrum aufzustellen, konnte die Partei weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik in nennenswertem Umfang protestantische Wähler und Mitglieder für sich gewinnen.

Die CDU hingegen wurde nach den Erfahrungen der gescheiterten Republik und des Nationalsozialismus bewußt als eine überkonfessionelle „Union“ von katholischen und evangelischen Christen konzipiert, wobei der Impuls zur Parteigründung meist von ehemaligen Zentrumspolitikern ausging. In Rheinland-Pfalz, dem vielgeschmähten „Retortenstaat“, den die französische Besatzungsmacht im Norden ihrer Besatzungszone per Erlaß kreierte hatte, war die Gründung einer solchen

(1967). Um den vorgegebenen Rahmen nicht zu sprengen, beschränkt sich die Darstellung im folgenden auf den Faktor Konfession/Religion.

³¹ Arzheimer und Weins (1997).

³² Vgl. Lepsius (1973).

Union mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, da konfessionelle Spannungen aufgrund der wechselhaften Geschichte der Region fast vorprogrammiert waren: Die Regierungsbezirke Koblenz und Trier waren vormals Bestandteil der preußischen Rheinprovinz gewesen. Die Bevölkerung war im Bezirk Koblenz zu fast 70, im Bezirk Trier, dem Kernland des geistlichen Kurfürstentums Trier zu über 90 Prozent katholisch³³ und durch die hundertfünfzigjährige Zugehörigkeit zum protestantischen Preußen politisiert.

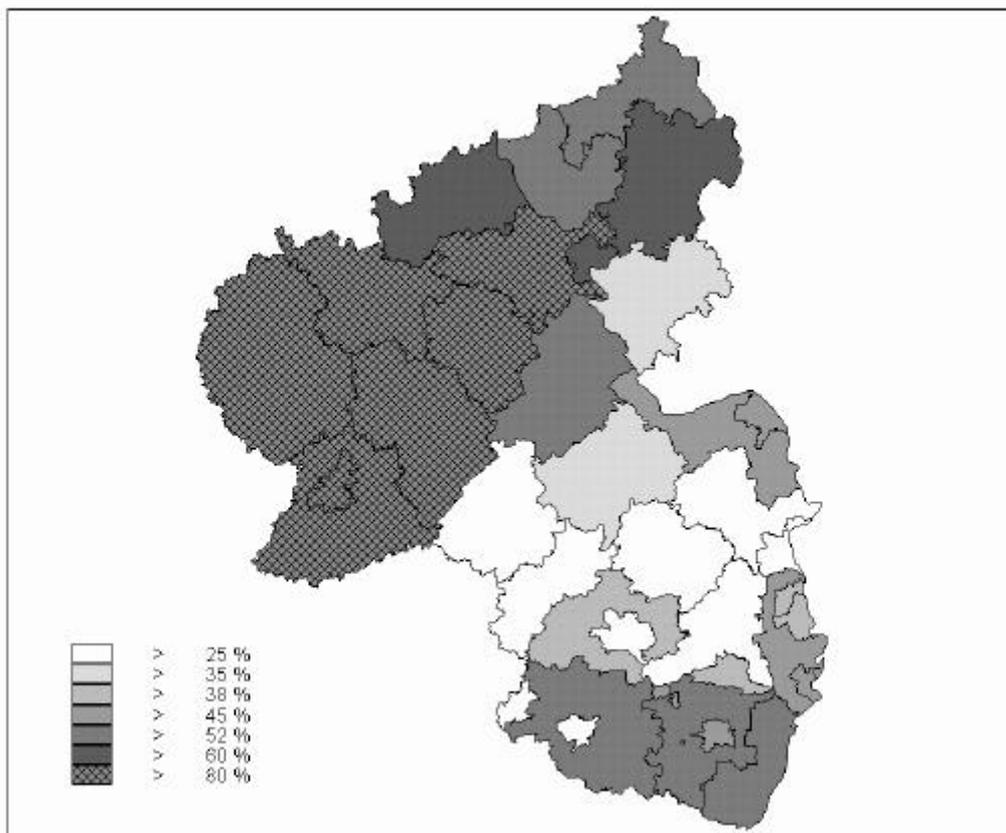


Abbildung 6: Katholikenanteil in den Kreisen und kreisfreien Städten 1987

Im Regierungsbezirk Montabaur, der aus vier vormals hessen-nassauischen Kreisen gebildet wurde, und in Rheinhessen dagegen hielten sich beide Konfessionen in etwa die Waage, während die Protestanten in der Pfalz sogar ein leichtes Übergewicht hatten. Innerhalb dieser drei Regionen bestanden wiederum erhebliche konfessionelle Disparitäten: Die Katholiken konzentrierten sich in den Bischofssitzen Mainz und Speyer sowie in deren Umgebung, während die

³³ Vgl. die Daten der Volkszählung von 1946.

Reformationsstadt Worms und einige pfälzische Kreise³⁴ als katholische Diasporagebiete gelten müssen. Unterhalb der Kreisebene existierte dann auf dem flachen Land eine weitere Stufe der konfessionellen Segregation: Manche dörfliche Gemeinden waren fast geschlossen evangelisch oder katholisch. Trotz aller Wanderungs- und Modernisierungsprozesse läßt sich diese typische regionale Verteilung der Konfessionen bis heute³⁵ nachweisen, wie Abbildung 6 zeigt.

In Rheinland-Pfalz stand dementsprechend die Gründung der CDU „keineswegs überall im Zeichen einer neuen Gemeinsamkeit von Katholiken und Protestanten. Vielmehr setzte sich der Unionsgedanke vor allem dort problemlos durch, wo es kaum Protestanten gab, also im Koblenzer und stärker noch im Trierer Raum.“³⁶ Mit einem „starken Zustrom von Protestanten, auf die man bei der Bestimmung von Grundsatzpositionen würde Rücksicht nehmen müssen, [war] nicht zu rechnen“. Daß hingegen „die katholische Kirche einen maßgeblichen Einfluß auf die Partei ausüben würde, mußte allen Beteiligten und Beobachtern von vornherein klar sein“.³⁷ In den konfessionell gemischten Landesteilen, vor allem in der Pfalz, bemühte man sich hingegen um die Neugründung des alten Zentrums und die parallele Zulassung einer evangelisch-christlichen Partei. Ohne näher auf die überaus verwickelte Gründungsgeschichte und die Konflikte zwischen den „Pfälzern“ einerseits und der „Koblenzer“ Gruppe um Peter Altmeier und Adolf Süsterhenn einzugehen, läßt sich festhalten, daß die Bildung einer nominell überkonfessionellen Partei vor allem auf Druck der französischen Besatzungsmacht zustande kam und die CDU in Rheinland-Pfalz personell und politisch lange dem Katholizismus der Zentrumspartei verhaftet blieb.³⁸

³⁴ Birkenfeld, der Kreis, der mit 19,7 Prozent (Volkszählung 1946) den niedrigsten Katholikenanteil überhaupt aufwies, gehörte allerdings zum ansonsten geschlossen katholischen Regierungsbezirk Trier.

³⁵ Die Karte beruht auf den Ergebnissen der letzten Volkszählung von 1987, da aktuellere Daten nicht zugänglich sind.

³⁶ Martin (1997), S. 100.

³⁷ Martin (1997), S. 101.

³⁸ Nur am Rande sei darauf verwiesen, daß selbst im 13. Landtag mehr als 80 Prozent der Angehörigen der CDU-Fraktion katholisch sind, obwohl nur etwas mehr als die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung dieser Konfession angehört. Vgl. dazu die bislang unveröffentlichte Arbeit von Niederelz (1998).

Vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten verfolgte die Union dementsprechend eine prononciert konfessionalistische Politik, die sie für Protestanten fast unwählbar machte. Exemplarisch läßt sich dies im Bereich der Bildungspolitik zeigen, wo es bereits bei den Beratungen zum Verfassungstext, der von den katholisch-naturrechtlichen Vorstellungen des späteren Justiz- und Kultusministers Süsterhenn geprägt ist,³⁹ zu heftigen Konflikten kam. Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen waren die „Schulartikel“ der neuen Verfassung: Die CDU forderte die Umwandlung der Volksschulen in Bekenntnisschulen. Auch die Lehrerausbildung sollte nach den Vorstellungen der Union getrennt nach Konfessionen erfolgen.⁴⁰ Das einzige Zugeständnis, zu dem sich die Union bereit fand, war die Zulassung gleichberechtigter Simultanschulen.

Da sich die Christdemokraten mit den übrigen Parteien in diesem Punkt nicht einigen konnten, aber in der „Beratenden Landesversammlung“ die Mehrheit stellten⁴¹, wurde auf Anregung der Franzosen beim Plebiszit über die Verfassung über die Schulartikel getrennt abgestimmt. Dabei ergab sich sowohl für die Verfassung insgesamt als auch für die strittigen Artikel eine knappe Mehrheit. Die getrennte Auswertung der Abstimmung nach Regierungsbezirken⁴² zeigt aber, daß die Artikel in den konfessionell gemischten Landesteilen mehrheitlich abgelehnt und in katholischen Gebieten mehrheitlich akzeptiert wurden - ein Votum, das weitgehend der Verteilung der Unionsstimmen bei den späteren Landtagswahlen entspricht. Zwischen 1949 und 1953 führte die Union dann, teils unter erheblichem Druck der katholischen Kirche - einen regelrechten Schulkampf, in dessen Verlauf es ihr gelang, „ihr schulpolitisches Programm“, die Rekonfessionalisierung des Bildungswesens, „strikt durchzusetzen“.⁴³

Vor diesem politischen Hintergrund kann die Serie von Wahlerfolgen, die die CDU in den ersten beiden Jahrzehnten der rheinland-pfälzischen Geschichte regelmäßig in die Nähe der absoluten Mehrheit brachten, als Indiz für die Übereinstimmung zwischen der katholischen Bevölkerungsmehrheit und ihrer politischen Vertretung gewertet

³⁹ Vgl. Hudemann (1997), S. 76f.

⁴⁰ Vgl. Schaaf (1997), S.318ff.

⁴¹ Vgl. FN 23.

⁴² Schaaf (1997), S. 320.

⁴³ Schaaf (1997), S. 322.

werden. Eine stringente Überprüfung dieser Hypothese ist nicht möglich, da entsprechende Umfragedaten nicht vorliegen. Mit Hilfe von Aggregatdaten ist es jedoch möglich, sich dem Problem anzunähern.⁴⁴ In Abbildung 7 sind der Katholikenanteil (Volkszählung 1950) und der Stimmenanteil für die Union bei der Landtagswahl von 1955, einer für die ersten beiden Jahrzehnte der Landesgeschichte typischen Wahl, gegeneinander angetragen. Jeder Punkt repräsentiert einen der 51 Kreise. Der Zusammenhang, der sich dabei zeigt, ist fast perfekt ($r^2=0,87$): Je mehr Katholiken in einem Landkreis wohnen, desto besser schneidet die Union in diesem Kreis ab.

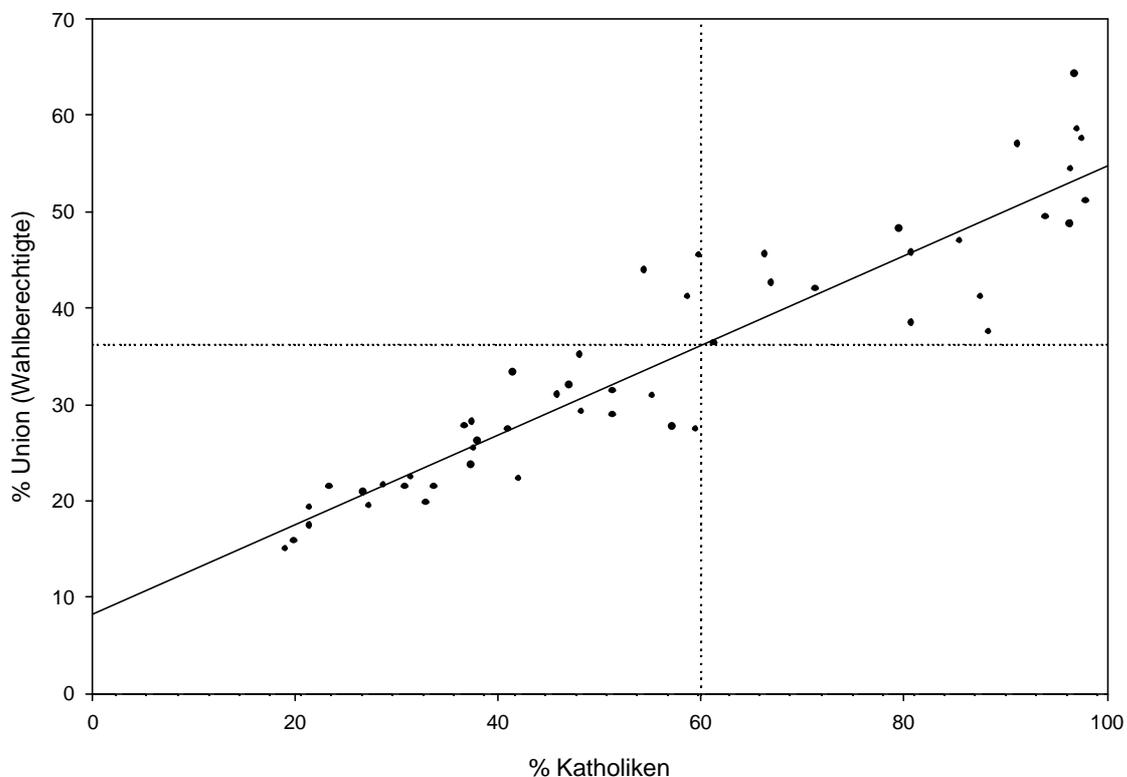


Abbildung 7: Katholikenanteil und Zweitstimmenergebnis (Wahlberechtigte) der Union bei der Landtagswahl 1955

Die durchgezogene Gerade verdeutlicht dies nochmals: In einem (hypothetischen) rein protestantischen Wahlkreis hätte die Union nach diesem Modell lediglich rund acht Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen können, in einem rein katholischen Kreis wären es über

⁴⁴ Hier und im folgenden wird aus Platzgründen auf eine Erörterung der Fehlschlußproblematik, die sich bei der Verwendung von Aggregatdaten ergeben kann, verzichtet. Als Einführung empfiehlt sich z.B. King (1997), S. 4ff.

50 Prozent gewesen.⁴⁵ Für alle anderen Wahlen in diesem Zeitraum ergibt sich ein fast identischer Zusammenhang. Bei einem konstanten Bevölkerungsanteil von rund 60 Prozenten Katholiken, die zu mehr als 50 Prozent die Union wählten, konnte die CDU unter diesen Umständen mit der Unterstützung von etwa 35 Prozent der Wahlberechtigten rechnen⁴⁶, was ihr für zwei Jahrzehnte eine komfortable Mehrheit sicherte.

Diese sozio-politischen Verhältnisse erklären die stabile *relative* Mehrheit der Christdemokraten, die diesen die Regierung sicherte, nicht aber die in Abbildung 5 erkennbaren Mobilisierungserfolge seit 1967, die der CDU von 1971 bis 1983 die *absolute* Mehrheit verschafften. Da es in den 60er Jahren keine spektakulären Verschiebungen im Stärkeverhältnis der Konfessionen gab – der Katholikenanteil sank sogar leicht – müssen die Christdemokraten in dieser Zeit entweder einen noch größeren Teil der Katholiken mobilisiert haben, was kaum vorstellbar erscheint, oder tatsächlich in größerem Umfang protestantische Wähler hinzugewonnen haben.

Die politische Entwicklung spricht eher für letzteres. Zu Beginn der 60er Jahre ließen sich die schulorganisatorischen Probleme⁴⁷, die auch aus der von der Union forcierten Konfessionalisierung des Bildungswesens resultierten, nicht mehr wegdiskutieren. Innerhalb weniger Jahre wurde zunächst die Konfessionalisierung der Schulen aufgehoben und dann die bekenntnismäßige Ausbildung der Lehrer abgeschafft.⁴⁸ Symbolisiert wurde der Wandel durch die Berufung des späteren Ministerpräsidenten Vogel zum Kultusminister (1967), unter dessen Ägide auch in Rheinland-Pfalz das Bildungssystem modernisiert und ausgebaut wurde. Mit dem politischen war zugleich auch ein personeller Wechsel verknüpft. Forciert wurde die Modernisierung des Landes und der Partei von einer Gruppe um den damals jungen Landtagsabgeordneten Helmut Kohl, der seit Beginn der 60er Jahre die

⁴⁵ Tatsächlich konnte die Union in einigen Wahlkreisen sogar mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren, wie im rechten Drittel der Grafik zu erkennen ist. Diese und andere Abweichungen erklären sich durch Kontext- und Drittvariableneffekte, vor allem durch das Stadt-Land-Gefälle.

⁴⁶ Vgl. die beiden gestrichelten Linien im Diagramm.

⁴⁷ Zu Beginn dieses Jahrzehnts „bestanden die Volksschulen in Rheinland-Pfalz zu 80% aus ein- und zweiklassigen Zwergschulen, die den Bildungsanforderungen der Zeit nicht mehr genügen konnten“ (Schaaf 1997, S. 327).

⁴⁸ Schaaf (1997), S. 326.

Entmachtung des Patriarchen Altmeier betrieb⁴⁹ und diesen 1966 als Parteivorsitzender und 1969 auch als Ministerpräsident ablöste. Daß die Union in dieser Zeit auch für protestantische Wähler attraktiver wurde, zumindest, soweit sie christlich orientiert waren, scheint mehr als plausibel.

Eine Möglichkeit, diese Hypothese zu überprüfen, bietet die ökologische Regression nach dem von Gary King vorgeschlagenen Verfahren, mit dessen Hilfe es möglich ist, direkt zu schätzen, welche Resonanz die Union in den fünf Jahrzehnten, die seit Bestehen des Landes vergangen sind, bei den Mitgliedern beider Konfessionen erzielen konnte.⁵⁰

⁴⁹ Vgl. Haungs (1986), S. 181ff.

⁵⁰ Aus Platzgründen kann auf die technischen Einzelheiten dieses in Deutschland bisher kaum gebräuchlichen Verfahrens leider nicht näher eingegangen werden. Es ist jedoch festzuhalten, daß die Voraussetzungen für eine Anwendung in Rheinland-Pfalz trotz der relativ großen Gebietseinheiten und deren relativ geringer Anzahl (51 bzw. 36 Kreise und kreisfreie Städte) günstig sind: Die starke Stellung der CDU und die faktische Reduktion auf zwei konfessionelle Gruppen rechtfertigen die Anwendung des einfachsten von King vorgeschlagenen Modells (2x2-Tabelle), die ausgeprägten Unterschiede in der räumlichen Verteilung von Protestanten und Katholiken ermöglichen vergleichsweise präzise Schätzungen, die außerdem durch den Vergleich mit den frühen Bundestagswahlstudien, in denen allerdings nur sehr wenige Fälle aus Rheinland-Pfalz enthalten sind, validiert werden konnten. In der Abbildung sind aus Gründen der Übersichtlichkeit keine Konfidenzintervalle ausgewiesen; die maximale Konfidenzintervallbreite beträgt aber lediglich plus/minus drei Prozentpunkte. Für die „Doppelwahl“ 1983 war es aus technischen Gründen nicht möglich, ein Konfidenzintervall zu schätzen. Es ist aber davon auszugehen, daß die Verhältnisse hier ähnlich gelagert sind.

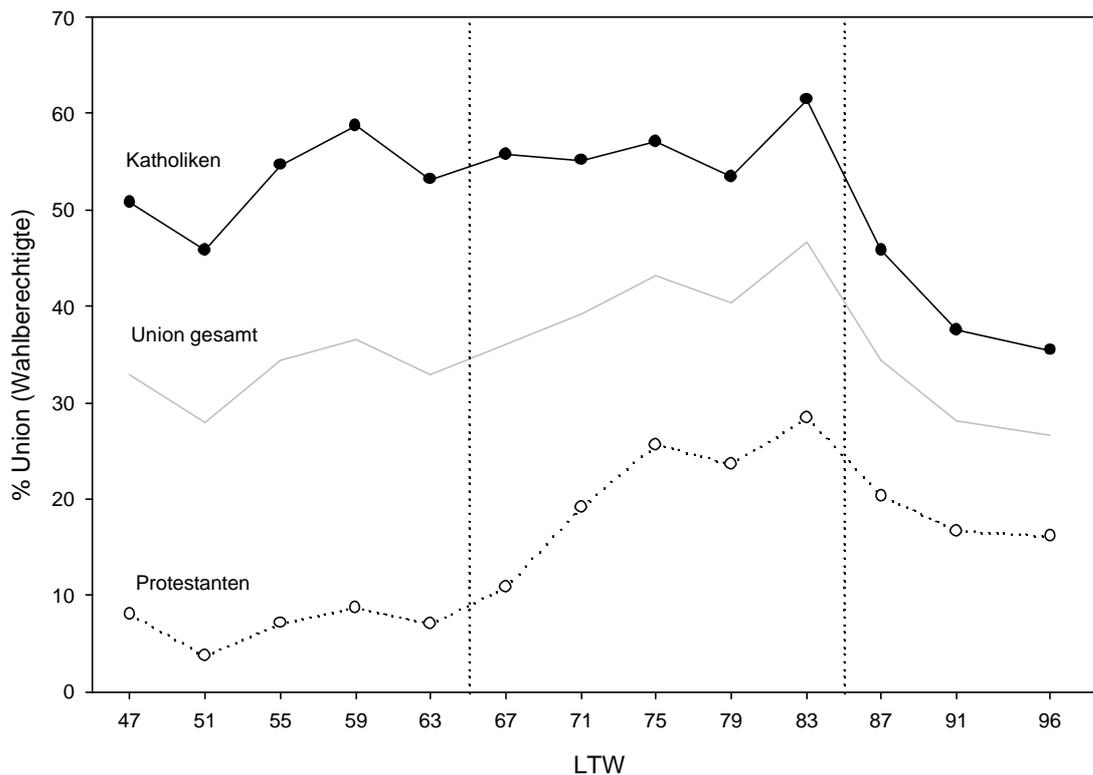


Abbildung 8: Entwicklung des konfessionellen Wahlverhaltens zugunsten der Union 1947-1996 (ökologische Regression nach King)

Abbildung 8 zeigt, daß die Daten die Hypothese eines Wandels im Wahlverhalten der Protestanten bestätigen. Während die rheinland-pfälzischen Christdemokraten bis zur Mitte der 60er Jahre in der Tat als eine katholische Milieupartei gelten mußten, die im protestantischen Lage nie mehr als 10 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte, ist der fast kontinuierliche Stimmenzuwachs, den die Partei seit der Landtagswahl von 1967 verzeichnen konnte, im wesentlichen auf den in diesem Land beispiellosen Zustrom evangelischer Wähler zurückzuführen. Die modernisierte Partei, die möglicherweise außerdem davon profitieren konnte, daß sie im Bund erstmals die Opposition stellte, konnte bei den Protestanten binnen weniger Jahre ihr Ergebnis mehr als verdreifachen. Darüber hinaus gelang es ihr vorerst, ihr katholisches Wählerreservoir weiterhin auszuschöpfen. Der Politisierung des konfessionellen Gegensatzes schwächte sich al-

so zunächst nur insofern ab, als die Union auch unter den Protestanten Anhänger gewinnen konnte.⁵¹

Daß es darüber hinaus im Verlauf der 70er Jahre zu einer Lockerung der konfessionell vermittelten Bindungen an die Union gekommen sein muß, ohne daß daraus unmittelbar ein Wandel im Wählerverhalten folgte, ist aus unserer Sicht unbestreitbar. Anders lassen sich die dramatischen Verluste, die die CDU bei den letzten drei Landtagswahlen auch und gerade im katholischen Lager hinnehmen mußte, kaum erklären. Wie sich dieser Wandel aber vollzogen hat - auf individueller Ebene oder durch den Generationenwechsel, durch das bewußte Lösen einer affektiven Bindung oder die Aufgabe eines lediglich habituellen Wahlverhaltens, durch Zuwendung zu einer anderen Partei oder durch Abwanderung in die Nichtwahl - ist ohne Individualdaten nicht zu klären.

Zusammenfassung

Im Verlauf der Analysen hat sich gezeigt, daß für die Wahlen in Rheinland-Pfalz seit Gründung des Landes die starke Stellung der Union charakteristisch war. Dies gilt sowohl für Bundestags- als auch für Landtagswahlen. Eine plausible Erklärung für dieses sehr stabile Muster ist die historisch begründete enge Bindung zwischen der CDU und der katholischen Bevölkerungsmehrheit, die bis in die 80er Jahre hinein mehrheitlich für die Union votierte, den Christdemokraten damit eine relative Mehrheitsposition sicherte und somit für überaus stabile politische Verhältnisse sorgte.

Obwohl sich die konfessionelle Polarisierung im Lande bis heute nachweisen läßt, wurde die Union seit dem Ende der 60er Jahre zunehmend auch für protestantische Rheinland-Pfälzer wählbar - erstmals gelang der Partei der Ausbruch aus dem katholischen „Turm“, zu dem Julius Bachem bereits 1906 aufgerufen hatte. Durch eine Mobilisierung evangelischer Wähler konnte sie ihre soziale Basis so weit verbreitern, daß sie über einige Legislaturperioden hinweg die absolute Mehrheit der Stimmen erreichte.

⁵¹ Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein Katholik die CDU wählt, nach wie vor rund doppelt so hoch wie für einen evangelischen Bürger. An dieser Relation hat sich seit der Landtagswahl von 1975 nichts geändert. Vor Einsetzen des „Modernisierungsprozesses“ war die entsprechende Wahrscheinlichkeit rund sechs- bis achtmal höher.

Gleichzeitig müssen sich jedoch die traditionellen Bindungen der katholischen Wähler an ihre Partei gelockert haben, da aus einer Reihe von „Fehlleistungen“ der CDU dramatische Verluste resultierten, deren absolutes Ausmaß bislang durch die sinkende Wahlbeteiligung verdeckt wurden. Unter diesen Umständen ist davon auszugehen, daß das Wahlverhalten der Rheinland-Pfälzer in Zukunft weit weniger stabil und berechenbar sein wird als in den vergangenen Jahrzehnten.

Literatur

Andel, Rüdiger (1975): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 9. März 1975. Erster Test für den Kanzlerkandidaten der Opposition?“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6, S. 464-475.

Arzheimer, Kai und Jürgen W. Falter (1998): „'Annäherung durch Wandel?' Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B52, S. 33-43.

Arzheimer, Kai und Cornelia Weins (1997): „Zerfallen die sozialstrukturellen Bindungen an die Union - zum Beispiel in Rheinland-Pfalz?“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28, S. 203-215.

Billing, Werner (1988): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 17. Mai 1987: CDU verliert alleinige Regierungsmacht - Koalition nach Bonner Muster“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 19, S. 5-26.

Billing, Werner (1991): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 21. April 1991: Machtwechsel in Mainz nach 44 Jahren“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22, S. 584-601.

Dittberner, Jürgen (1986): „Die Freie Demokratische Partei“, in: Stöss, Richard (Hrsg.): „Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Sonderausgabe Band 3: EAP bis KSP“ (=Schriften des Zentralinstitutes für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 39). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1311-1381.

Falter, Jürgen W. (1981): „Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn“, in: Politische Vierteljahresschrift 22, S. 236-263.

Fenske, Hans (1986): „Rheinland-Pfalz und die Neugliederung der Bundesrepublik“, in: Haungs, Peter (Hrsg.): „40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde“, Mainz: Verlag H. Schmidt, S. 103-130.

Filmer, Werner und Heribert Schwan (1990): „Helmut Kohl“, 4., aktualisierte Auflage. Düsseldorf, Wien, New York: Econ.

Gluchowski, Peter und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff (1997): „Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Gabriel, Oscar W., Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.): „Parteiendemokratie in Deutschland“, Opfaden: Westdeutscher Verlag.

Graß, Karl Martin (1986): „Politiker-Porträts“, in: Haungs, Peter (Hrsg.): „40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde“, Mainz: Verlag H. Schmidt, S. 255-288.

Haungs, Peter (1986): „Regierung und Opposition“, in: Ders. (Hrsg.): „40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde“, Mainz: Verlag H. Schmidt, S. 173-220.

Haungs, Peter (1989): „Der Führungswechsel in der rheinland-pfälzischen CDU: Innerparteiliche Entsolidarisierung oder demokratische Politische Kultur?“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 20, 504-526.

Haungs, Peter und Eckhard Jesse (1980): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 18. März 1979. Anfang vom Ende der CDU-Mehrheit?“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 11, S. 153-166.

Haungs, Peter und Eckhard Jesse (1983): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 6. März 1983: Erste 'Doppelwahl' in der Geschichte der Bundesrepublik“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 14, S. 517-531.

Hudemann, Rainer (1997): „Landesgründung und Verfassungsgebung im Spannungsfeld von Besatzungsmacht und deutscher Politik“, in: Borck, Heinz-Günther unter Mitarbeit von Dieter Kerber (Hrsg.): „Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz“, Koblenz: Verlag der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (=Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung 73), S. 61-88.

Jagodzinski, Wolfgang und Markus Quandt (1997): „Wahlverhalten und Religion im Lichte der Individualisierungsthese. Anmerkungen zu dem Beitrag von Schnell und Kohler“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, S. 761-782.

Kaack, Heino und Ulrich Sarcinelli (1986): „Parteien und Wahlen“, in: Haungs, Peter (Hrsg.): „40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde“, Mainz: Verlag H. Schmidt, S. 131-172.

King, Gary (1997): "A solution to the Ecological Inference Problem. Reconstructing Individual Behavior from Aggregate Data", Princeton: Princeton University Press.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (1995): „Kleine Geschichte der CDU“, [Redaktion Felix Becker], Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Lepsius, Rainer M. (1973): "Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft", in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 56-80.

Ley, Richard (1997): „Die Verfassung - Grundzüge sowie Entwicklung und Änderungen“, in: Borck, Heinz-Günther unter Mitarbeit von Dieter Kerber (Hrsg.): „Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz“, Koblenz: Verlag der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (=Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung 73), S. 139-172.

Lipset, Seymour M. und Stein Rokkan (1967): "Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction", in: Dies. (Hrsg.): "Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives", New York und London: The Free Press und Macmillan, S. 1-64.

Martin, Anne (1997): „Die Gründung der rheinland-pfälzischen CDU“, in: Wünschel, Hans-Jürgen (Hrsg.): „Rheinland-Pfalz. Beiträge zur Geschichte eines neuen Landes“ (=Landauer Universitätsschriften: Geschichte 4), Landau: Knecht Verlag, S. 97-112.

Müller, Walter (1998): „Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, S. 3-46.

Niederelz, Cordula (1998): „Sozialer Hintergrund, Sozialisation, Rollenverständnis und politische Einstellungen der rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten in der 13. Legislaturperiode“. Mainz: unveröffentlichte Magisterarbeit.

Neubach, Helmut (1997): „Aufnahme, Eingliederung und Leistung der Vertriebenen“, in: Borck, Heinz-Günther unter Mitarbeit von Dieter Kerber (Hrsg.): „Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz“, Koblenz: Verlag der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (=Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung 73), S. 499-533,

Pedersen, Mogens N. (1979): „The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility“, in: European Journal of Political Research 7, S. 7-26

Schaaf, Erwin (1997): „Schulpolitik, Schule und Hochschule“, in: Borck, Heinz-Günther unter Mitarbeit von Dieter Kerber (Hrsg.): „Beiträge zu 50 Jahren Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz“, Koblenz: Verlag der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz (=Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung 73), S. 315-344.

Scheuner, Angelika (1996): „Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 24. März 1996: SPD-FDP-Erfolg trotz struktureller Nachteile“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27, S. 617-628.

Schmid, Josef (1990): „Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus“, Opladen: Leske + Budrich.

Schmollinger, Horst W. (1986): „Die Deutsche Reichspartei“, in: Stöss, Richard (Hrsg.): „Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Sonderausgabe Band 2: CSU bis DSU“ (=Schriften des Zentralinstitutes für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 38), Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1112-1191.

Troitzsch, Klaus G. (1971): „Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Landtagen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2, S. 434-443.

Unglaub, Manfred (1996): „Landtagswahlen von 1947 bis 1991. Entwicklung des Wahlrechts und Wahlergebnisse“, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3, 49, S. 43-51.

Weitzel, Kurt (1989): Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947. Mainz: Landeszentrale für politische Bildung.

Anhang

Bundestagswahl	49	53	57	61	65	69	72	76	80	83	87	90	94	98
Ungültige	2,4	2,8	3,3	3,5	2,1	1,5	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9	1,0	0,9
(nur RLP)	4,3	3,2	3,4	4,2	2,5	1,7	1,0	0,7	1,1	1,6	1,1	1,1	1,0	1,3
Nichtwähler	21,5	14,0	12,2	12,3	13,2	13,3	8,9	9,3	11,4	10,9	15,7	21,4	19,5	17,2
(nur RLP)	20,4	14,0	11,7	11,8	12,0	13,0	8,4	8,5	10,1	9,6	13,3	18,3	17,7	16,1
Union	23,6	37,6	42,4	38,1	40,3	39,3	40,6	43,7	39,1	43,1	37,0	34,4	33,4	30,3
(nur RLP)	37,0	43,1	45,6	41,1	42,2	40,8	41,5	45,3	40,5	44,0	38,6	36,7	35,6	32,3
SPD	22,2	24,0	26,9	30,5	33,3	36,4	41,4	38,3	37,7	33,7	30,9	27,8	29,8	34,6
(nur RLP)	21,5	22,5	25,8	28,1	31,4	34,2	40,7	37,9	38,0	34,1	31,7	29,1	32,0	34,1
FDP	9,1	7,9	6,5	10,8	8,0	4,9	7,6	7,1	9,3	6,2	7,6	8,2	6,1	5,7
(nur RLP)	11,9	10,0	8,3	11,1	8,7	5,4	7,3	6,9	8,7	6,2	7,8	8,4	5,6	5,9
Grüne									1,3	4,9	6,9	3,7	6,3	6,0
(nur RLP)									1,2	4,0	6,4	3,2	5,0	5,0
PDS												0,2	0,8	1,0
(nur RLP)												0,0	0,5	0,8
Sonstige	21,2	13,7	8,7	4,8	3,0	4,6	0,8	0,8	0,4	0,4	1,1	3,3	3,0	4,3
(nur RLP)	4,9	7,1	5,2	3,7	3,3	4,9	1,1	0,7	0,4	0,4	1,0	3,1	2,5	4,5

Tabelle 1: Landes- und Bundesergebnis im Vergleich; Berechnungsgrundlage: Anteil an den Wahlberechtigten

Landtagswahl	47	51	55	59	63	67	71	75	79	83	87	91	96
Ungültige	8,3	3,7	2,4	1,6	1,4	1,2	1,0	0,8	1,0	0,9	1,0	1,3	1,7
Nichtwähler	22,1	25,2	24,0	22,8	24,5	21,5	20,6	19,2	18,6	9,2	22,8	26,1	29,2
Union	32,9	27,9	34,5	36,6	32,9	36,1	39,2	43,1	40,3	46,7	34,4	28,1	26,7
SPD	24,0	24,2	23,3	26,4	30,2	28,5	31,7	30,8	34,0	35,6	29,6	32,5	27,5
FDP	6,8	11,9	9,4	7,3	7,5	6,4	4,6	4,5	5,1	3,1	5,6	5,0	6,1
Grüne											4,5	4,6	4,8
Sonstige	6,1	7,2	6,5	5,3	3,6	6,3	2,8	1,6	1,0	0,4	2,2	2,3	4,0

Tabelle 2: Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz ; Berechnungsgrundlage: Anteil an den Wahlberechtigten